



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Anzeigengebühr für den Raum einer sechszeiligen Zeile in Petitdruck 2 Sgr.

Erpedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 548. Mittag-Ausgabe.

Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. November 1873.

Deutschland.

Berlin, 21. November. Die Besserung in dem Befinden Sr. Majestät des Kaisers und Königs schreibt fort. (Reichsanz.)

Berlin, 21. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landrath a. D. und Rittergutsbesitzer von Hellborn zu Zeitz, dem Bürgermeister Spangenberg zu Osterode, Regierungsbezirk Königsberg, und dem Steuer-Inspecteur Schneider zu Coblenz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Der bisherige Bureau-Assistent bei der königlichen Eisenbahn-Direction in Hannover ist zum Geheimen expedirenden Secretair und Calculator beim Reichsfinanz-Minister ernannt worden. — Dem Herrn John M. Wilson ist Namens des Deutschen Reichs das Equatour als Consul der Vereinigten Staaten von Amerika zu Bremen erteilt worden. — Der königliche Eisenbahn-Baumeister Ellenberger zu Hannover ist — anstatt nach Danabrid — nach Uelzen und der königliche Eisenbahn-Baumeister Tector von Uelzen nach Danabrid versetzt worden. — Der königliche Eisenbahn-Baumeister Wagemann, zur Zeit in Vaderborn, ist nach Hannover versetzt und mit den Functionen eines Betriebs-Inspectors bei der hannoverschen Staats-Eisenbahn (Bezirk der königlichen Eisenbahn-Commission Cassel) betraut worden.

Berlin, 21. November. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfangen heute den General von Albedyll zu einem kurzen Vortrag und nahmen den Besuch Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin-Mutter und Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, sowie Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] hat gestern den königlichen sächsischen Ober-Hofmarschall Freiherrn von Könniger, als Specialgesandten Sr. Majestät des Königs Albert von Sachsen, in Audienz empfangen.

[Se. königliche Hoheit der Prinz Albrecht] ist vorgestern Abend aus Hannover hier eingetroffen. (Reichsanz.)

© Berlin, 21. November. [Eisenbahnwesen.] Die Gouverneurstelle in Skutari. Schon wiederholt ist es namentlich wegen Feuersgefahr als wünschenswerth und dringend geboten bezeichnet worden, daß in den Eisenbahnzügen eine Verbindung zwischen den Reisenden und dem Zugpersonal hergestellt werde. Der Handels-Minister hat nun die königlichen Eisenbahn-Directionen beauftragt, wegen Errichtung einer derartigen Communication zunächst in allen Courier- und Schnellzügen das Geeignete innerhalb 6 Monaten zu veranlassen. Die Wahl, in welcher Weise diese Verbindung herzustellen sein wird, soll dem Ermessen jeder Direction überlassen bleiben, da die bisher angestellten Versuche keinen Anlaß bieten, eine bestimmte Methode vorzugsweise zu empfehlen. Selbstverständlich ist zwischen denjenigen Eisenbahn-Verwaltungen, auf deren Strecke ein durchgehender Wagenlauf stattfindet, zuvor eine Verständigung über ein gleichmäßig anzuwendendes System herbeizuführen. Ueber die gewählte Methode der Communication und deren Erfolg soll nach 9 Monaten berichtet werden. Gleichzeitig sind die königlichen Commissariate bei den Privat-Eisenbahnen angewiesen worden, die Directionen dieser Bahnen zu gleicher Einrichtung zu veranlassen. — In Folge wiederholter im Allgemeinen nicht ungerechtfertigter Beschwerden darüber, daß die Ausbändigung des Gepäcks der Eisenbahn-Reisenden bei deren Ankunft auf der Endstation ihrer Tour oft zu langsam erfolge und die Zahl der Gepäckträger häufig nicht genüge, hat der Handelsminister in einem Erlaß vom vorgestrigen Tage die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn beauftragt, die Verwaltungen der in Berlin mündenden Eisenbahnen zu einer Conferenz einzuladen, in der berathen werden soll, welche Einrichtungen zum Zwecke einer rascheren Rückgabe des Gepäcks zu treffen und ob nicht Gepäckträger in größerer Anzahl als bisher anzunehmen und von den Eisenbahn-Verwaltungen zu lohnen sein dürften. — Ueber der Gouverneurstelle in Skutari scheint ein wahres Verhängnis zu walten, das nicht zuläßt, daß ein Baly dort mehr als etliche Monate fungirt. Nachdem die Pforte ihr Möglichstes gethan hat, allen ihren Würdenträgern die Gelegenheit zu geben, sich auf diesem wichtigen Posten zu versuchen, ist der gegenwärtige Pascha, Cheyef Pascha, nun durch ein rasches Lebensende an der Fortführung der Verwaltung verhindert worden. Am 7. November wollte er das in der Nähe von Skutari entdeckte Steinkohlenlager besichtigen; bei dem Uebergang des Gebirgsstromes Kivi verunglückte er darin. Die näheren Umstände sind noch unbekannt. Cheyef Pascha war ein noch junger Mann und einer der treuesten und energischsten Diener der Pforte.

— Berlin, 21. Novbr. [Vertrag mit Belgien.] Die Gerichtsorganisation. — Fürst Bismarck. — Die Anträge der Ultramontanen. — Die Sammlungen für Zinnenstadt. In den Ausschüssen des Bundesrathes beschäftigte man sich heute mit dem zwischen Deutschland und Belgien abzuschließenden Vertrage über die gegenseitige Anerkennung der Actiengesellschaften, welcher in der nächsten Plenarsitzung des Bundesrathes zur Verhandlung bzw. zur Annahme gelangen wird. — Der Entwurf der Gerichtsorganisation, welcher jetzt vertheilt worden ist und dessen Inhalt von den Blättern mitgetheilt wird, entspricht fast durchgängig den Beschlüssen, welche über die Materie vor fast einem Jahre in der Conferenz der Justizminister Preußens, Baierns, Württembergs, Sachsens und Badens und in der zu Anfang d. J. daran geknüpften Berathung der Commissare dieser Minister gefaßt wurden; nur in dem principiell wichtigsten Punkte des obersten Reichsgerichtshofes weicht der Entwurf ab und hält nach dieser Richtung hin den Standpunkt fest, den die preuß. Regierung gegen sämtliche Bundesstaaten vertreten hat. Daß der Entwurf im letzten Sommer im preuß. Justizministerium angefertigt und im September vom Justizminister dem Reichskanzler überreicht worden, ist an dieser Stelle bereits gemeldet. Der Entwurf erscheint übrigens nicht als ein Antrag Preußens, sondern als Präsidialvorlage. Die speciellen Motive zu dem Entwurfe sind übrigens noch nicht im Druck vollendet und daher noch unbekannt. — Fürst Bismarck wird morgen oder übermorgen in Berlin eintreffen, man erwartete ihn sogar schon heute. Grund seiner befehleunthigeren Reise hierher ist keineswegs in den Interpellationen und Anträgen der Ultramontanen, sondern vielmehr in einer für die nächsten Tage unter Vorsitz Sr. Majestät des Kaisers abzuhaltenden Conseil-Sitzung zu suchen, in welcher es sich hauptsächlich um den Civilhe-Entwurf handeln würde. — Der Antrag Windthorst (Neppen) über Einführung des Reichswahlgesetzes in Preußen beschäftigt bereits lebhaft die Fractionen des Abgeordnetenhauses. In der Fortschritts-partei gehen die Meinungen noch auseinander, Beschluß über die Haltung der Fraction sollte erst heute Abend gefaßt werden. Die Nationalliberalen haben gestern Abend einstimmig die Ablehnung des Antrages beschlossen und zwar nach einem längeren, mit großem Interesse verfolgten Vortrage Laskers über die gesammte innere Situa-

tion. Der Antrag Windthorst wurde nach drei Seiten hin charakterisirt als Angriff gegen die Regierung, als provocirendes Wahlmanöver und als Versuch, Spaltung in die liberale Partei zu bringen. Redner wies nach, wie die Liberalen mit sich selbst in Widerspruch gerathen würden, wenn sie zur rechter Zeit nicht für das Princip des allgemeinen Wahlrechts eintreten würden, wie aber die jetzige Session mit ihren gewichtigen Aufgaben für innere Organisation gar nicht dazu angethan sei, an solche staatsrechtliche Fragen heranzutreten. Man möge daher seitens der Fraction in eine materielle Beurtheilung der Frage zur Zeit gar nicht eintreten, sondern den Antrag sofort durch Tagesordnung beseitigen. Dies wird auch der muthmaßliche Ausgang der Debatte am Mittwoch sein. — Inzwischen hat das Centrum einen neuen Antrag aus seinem Vorrath an das Haus gelangen lassen, der diesmal den Namen des Abg. Schröder führt und lautet: „Die k. Staatsregierung aufzufordern, die k. preuß. Bevollmächtigten im Bundesrathe des deutschen Reichs zu instruiren, daß den Mitgliedern des deutschen Reichstages Tagesgelber und Reisekosten bewilligt werden.“ — Die nationalliberale Partei hat sich constituirt und in den Vorstand gewählt Lasker, Miquel, Delius, Bähr, v. Benda, Nikert. Schriftführer sind die Abgg. Dohrn, Werner und Laporte; als Delegirte in den Senioren-Convent wurden gewählt Miquel und Tschow. Die Commission zur Wahl der Mitglieder für die Fach-Commissionen besteht aus den Abgeordneten Nippel, Wähler (Breslau), Lauenstein, Witt, Sachse, Wallisch, Riesecke und Tschow. — Die Sammlungen für die Verunglückten in Zinnenstadt haben in der letzten Zeit einen erfreulichen Fortgang genommen und sollen auch jetzt unter den Landtags-Mitgliedern angeregt werden. Aus Bremen sind kürzlich ca. 1000 Thlr. für Zinnenstadt direct an das Comité in Augsburg gesandt worden. Das hiesige erste Gaben-Verzeichniß wird demnächst veröffentlicht.

[Freie Eisenbahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten.] Die „Reichsanz.“ schreibt:

Sammtliche Bundesregierungen, welche sich im Besitz von Staats- oder unter Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen befinden, haben sich bereit erklärt, den Reichstagsabgeordneten für die Dauer der Sessionen des Reichstags freie Fahrt auf diesen Bahnen zu gewähren. Die demnach seitens des Reichskanzlers-Ministers mit dem Verein der Privat-Eisenbahnen im Deutschen Reich eingeleiteten Verhandlungen haben zu dem Resultat geführt, daß der Verein sich bereit erklärt hat, den Reichstagsabgeordneten gegen eine aus der Reichskasse zu zahlende Vericalsumme Legitimations-Karten zu erteilen, welche dieselben für die Dauer der Sitzungs-Perioden des Reichstags, sowie 8 Tage vor deren Beginn und 8 Tage nach ihrem Schluß zur freien Fahrt in beliebiger Wagenklasse auf allen deutschen Privat-Eisenbahnen und nach allen Richtungen, sowie zur freien Beförderung ihres Reisegepäcks bis zur Höhe von 50 Pfd. einschließlic der Beförderung des Gepäcks, hat in seiner Sitzung vom 13. d. M. dieses Anbieten mit der Maßgabe angenommen, daß von der Ertheilung verschiedener Legitimationskarten für die Staats- bez. Privat-Eisenbahnen abgesehen und statt dessen das Reichskanzler-Minister ermächtigt werde, den einzelnen Abgeordneten die Legitimationskarten für sämtliche deutsche Staats- und Privat-Eisenbahnen zu erteilen.

[Die kronprinzlichen Herrschaften] machten heute Vormittags zur Feier des Geburtstages der Frau Kronprinzessin einen Ausflug in die Umgegend von Potsdam und werden Nachmittags wieder nach dem Neuen Palais zurückkehren, woselbst Abends eine größere Theegesellschaft stattfindet.

Marinewerder, 18. November. [Schulrevisoren.] Man schreibt dem „Grz. Ges.“ von hier: Mit der im vorigen Jahre erfolgten Ernennung von Landrathen, Gutsbesitzern und andern pädagogischen „Kaien“ zu „außerordentlichen Schulrevisoren“ hat der Cultusminister Fick keinen besonders glücklichen Griff gethan. So hatte z. B. Herr v. R. den Befund einzelner Schulen, namentlich im Deutschen, als ungenügend dargestellt, was die Regierung veranlaßte, die betreffenden Lehrer in empfindliche Geldstrafen zu nehmen. Diese Lehrer wiesen indess nach, daß der unbefriedigende Befund nur in der ganz unpädagogischen Prüfungsweise des Hrn. v. R. zu suchen sei, und haben um anderweite Revision durch wirkliche Schulmänner. Die erbetenen Nachrevisionen sind denn auch erfolgt und, wie man uns aus Lehrerkreisen unter Vorlegung der betreffenden Entscheidungen der königl. Regierung mittheilt, sind die verhängten Strafen nicht nur niedriger geschlagen, sondern die Lehrer obendrein noch wegen guter Leistungen belobt worden. Ähnlich erging es auch in anderen Kreisen, z. B. dem Schweger.

Stettin, 21. November. [Der Postdampfer] des baltischen Lloyd „Washington“ ist heute von Newyork hier eingetroffen.

Kiel, 16. Novbr. [Die Rückzahlung der freiwilligen Anleihe.] Nachdem in einem preussischerseits durch alle Instanzen getriebenen Proceß der Hamburger Kaufmann Ferdinand Jacobson und somit indirect das preussische Kriegsministerium, von dem Herr Jacobson einen Schabloskaltungsrevers in Händen hatte, zur Rücklieferung der im Jahre 1866 widerrechtlich an Preußen ausgelieferten Waffen oder deren Werthe rechtskräftig verurtheilt worden war, ist im Vergleichswege der preussischen Regierung ein Theil der Schablossumme, zu deren Rückzahlung sie nach dem Ausgang jenes ersten Proceßes voraussichtlich verurtheilt worden wäre, zur Vermeidung weiterer Proceße erlassen worden und hat der preussische Fiskus uns denjenigen Betrag ausbezahlt, der in Verbindung mit anderen Geldern zur Rückzahlung der freiwilligen Anleihe von 1863 nothwendig war. Die Rückzahlung der Anleihe findet jetzt vom 19. d. M. an gerechnet bis auf Weiteres bei der Vereinsbank in Kiel und bei der norddeutschen Bank in Hamburg von 9 Uhr Vormittags bis 4 Uhr Nachmittags al pari statt. Die Schuldtheine sind zu dem Zweck mit einem nach Litera, Serie und Nummer geordneten Verzeichniß bei einer der gedachten Stellen einzureichen.

Hannover, 18. November. [Polizeiliche Ueberwachung.] Eine Anzahl Amts- und Kreishauptmänner der Provinz Hannover soll sich die polizeiliche Ueberwachung von Versammlungen zur Erörterung politischer Fragen in der Weise erleichtert haben, daß dieselben ohne Weiteres Gensdarmen selbstständig übertragen worden ist. Daß in Folge dessen leicht Mißgriffe, insbesondere ungerechtfertigte Auflösungen von Versammlungen vorkommen können, darf nicht überraschen. Vermuthlich hängt es mit dem Bevorstehen einer größeren Anzahl solcher Versammlungen aus Anlaß der nahen Reichstagswahlen zusammen, wenn, wie der „Han. Cour.“ schreibt, neuerdings den Obri-geiten aufgegeben ist, in Zukunft bei der Auswahl der mit polizeilicher Ueberwachung solcher Versammlungen zu beauftragenden nach andern Grundsätzen zu verfahren.

Hannover, 19. November. [Die social-demokratische Agitation] für die Reichstagswahlen ist bei uns bereits im Gange. Der geringe Erfolg, den diese Partei das letzte Mal gehabt hat, wo sie selbst in Hannover-Linden, dessen Arbeiterbevölkerung nicht gering ist, es kaum auf eine nennenswerthe Minorität gebracht, hat ihren Eifer noch keineswegs abgedämpft; auch jetzt wird sie wieder mit einem selbstständigen Candidaten in die Schranken treten. Oben so wenig lassen die Welsen es an Thätigkeit fehlen; hier in Hannover hält man an Professor Ewald, dem Reichstagspaßmacher wider Willen, fest, der, wenn von nationalliberaler Seite nicht mit Geschick und Energie operirt wird, doch schließlich als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen möchte. Auch den ehemaligen Schulrath Bärens will man gern in den Reichstag wählen, hoffentlich wird es aber ebensov wenig gelingen als das letzte Mal. Von der nationalen Partei ist die Agitation noch nicht recht ernstlich in Angriff genommen. Ueber die aufzustellenden Candidaten scheint man sich in allen Bezirken noch nicht schließlich gemacht zu haben; da, wo früher nationalgeimmte Abgeordnete gewählt sind, wird man wohl für die gegenwärtige Wahl an diesen festhalten, wo das aber nicht der Fall ist, wird es in dem einen oder anderen Bezirke Schwierigkeiten machen, eine geeignete Persönlichkeit zu finden, die Ansehen genug besitzt, um die Majorität der Stimmen auf sich zu vereinigen. (W. J.)

Schweiz.

Bern, 18. Nov. [Aus dem Nationalrathe.] Ohne erhebliche Debatte, schreibt man der „R. Ztg.“, erledigte heute der Nationalrath in Revision der Bundesverfassung Art. 39 und 40 nach der Vorlage des Bundesrathes. Ersterer bestimmt: „Die Festsetzung von Maß und Gewicht ist Bundes Sache. Die Ausführung der bezüglichen Gesetze geschieht durch die Cantone unter Aufsicht des Bundes.“ Letzterer lautet: „Fabrikation und Verkauf des Schießpulvers im Umfange der Eidgenossenschaft stehen ausschließlich dem Bunde zu. Als Schießpulver nicht brauchbare Sprengfabrikate sind im Regal nicht einbezogen.“ Nach der seitherigen Verfassung stand dem Bunde nur das Recht zu, auf Grundlage des bestehenden eidgenössischen Concordates für die ganze Eidgenossenschaft gleiches Maß und Gewicht einzuführen. Mit Art. 41 kamen die verschobenen Art. 28 und 34 zur Berathung, welche eine lange Debatte ohne allgemeines Interesse veranlaßten, als deren Resultat sich nach dem Antrage der Commission die Annahme folgender Redaction ergab: „Art. 28. Der Ertrag der Zölle fällt an die Bundeskasse. Die den Cantonen bisher bezahlten Entschädigungen für die losgekauften Zölle, Weg- und Brückengelder, Kaufhaus und andere Gebühren dieser Art fallen weg. Ausnahmssweise erhalten die Cantone Uri, Graubünden, Tessin und Wallis mit Rücksicht auf ihre internationalen Alpenstraßen eine jährliche Entschädigung, welche in Würdigung aller Verhältnisse festgestellt wird, wie folgt: Für Uri 70,000 Fr., Graubünden 200,000 Fr., Tessin 200,000 Fr. und Wallis 56,000 Fr. Für Besorgung der Schneeburgen auf dem St. Gotthard erhalten die Cantone Uri und Tessin eine jährliche Entschädigung von zusammen 40,000 Fr. für so lange als die Straße über den Bergpaß nicht durch eine Eisenbahn ersetzt wird. Art. 34. Das Post- und Telegraphenwesen im ganzen Umfange der Eidgenossenschaft ist Bundes Sache. Der Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung fällt in die eidgenössische Casse. Die Tarife werden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft nach den gleichen, möglichst billigen Grundsätzen bestimmt. Die Unverletzlichkeit des Post- und Telegraphengeheimnisses ist gewährleistet. Art. 41. Die Ausgaben des Bundes werden bestritten: a. aus dem Ertrag des Bundesvermögens; b. aus dem Ertrag der schweizerischen Grenzölle; c. aus dem Ertrag der Post- und Telegraphenverwaltung; d. aus dem Ertrag der Pulververwaltung; e. aus dem Ertrag der Militärpflichtversicherung; f. aus den Beiträgen der Cantone, deren nähere Regulirung vorzugsweise nach Maßgabe der Steuerkraft der letzteren, der Bundesgesetzgebung vorbehalten ist.“

Frankeich.

□ Proceß Bazaine.

(Schluß der Sitzung vom 19. November.) Arnous-Rivière, der anrührende Capitän, den Bazaine bei den Vorposten verwendete, tritt an die Zeugenschanke, und macht im Vorbeigehen dem Angeklagten eine tiefe Verbeugung. Er erzählt, daß er am 12. August vom Marschall Bazaine die Ermächtigung zur Bildung eines Claireux-Corps erhalten. Am 16. schon war sein Corps so weit formirt, daß er Recognoscirungen in der Richtung von Verdun vornehmen konnte. Vom 18. bis zum 31. August feste er diesen Dienst fort. Den September hindurch blieb er dem 2. Corps (Eisen) attachirt, occupirte Moulins-les-Metz und verließ daselbst den Parlamentärstabschef. Am 7. d. M. sah er daselbst Oberst Rosny, der ihm von der Katastrophe bei Sedan Kunde brachte. Am 23. October Nachmittags zeigte sich ein deutscher Parlamentär bei den Vorposten. Er war Ueberbringer eines Schreibens von Prinz Friedrich Karl. Zwanzig Schritte hinter ihm stand ein Mann, der ein weißes Tuch an der Spitze seines Stodes neben sich. Als der Parlamentär-Offizier seine Mission besorgt hatte und sich zurückziehen wollte, fragte ihn Arnous-Rivière, wer die ihm folgende Persönlichkeit sei; er erklärte, dies nicht zu wissen und entfernte sich. Als der Capitän den Civilisten nun selber befragte, erhielt er von ihm zur Antwort, daß er eine Mission für Bazaine habe. Er brachte den Mann zu General Ciffey. Tags darauf erhielt er die Ordre, ihn ins Hauptquartier zu begleiten. Er führte sie aus und wartete daselbst seiner bis zum Abend. Da kam die Person in Begleitung eines Anderen zurück, in dem Zeuge erst später General Bourbaki erkannte. Sie nahmen einen Wagen ein und in einem hinter diesem folgenden befanden sich die luxemburgischen Aerzte.

Regnier machte auf Zeugen den Eindruck eines Polizeiagenten. Ein Schreiben hat er ihm nicht übergeben, ihn dafür aber mit einer Reihe von Geschichten gelangweilt, bis er ihm mit der Erklärung den Mund stopfte, daß er nach den Reglements sich nicht mit ihm unterhalten dürfe. Darauf schweig er.

Fr. Hat er Ihnen nicht gesagt, daß er nach Versailles sich begeben, um mit dem Könige von Preußen im Namen der Kaiserin über den Frieden zu unterhandeln?

Ant. In der That hat er mir das gesagt. Nachdem noch Lachaud festzustellen gesucht hat, daß Arnous-Rivière seine Bestallung von Leboeuf erhalten habe, wird Capitän Garcin an die Barre berufen. Er sagt aus:

Ich habe Regnier bei seiner ersten Ankunft in Metz zum Marschall begleitet und Oberst Boyer am 7. October zu den preussischen Vorposten geleitet. Keratry ist der letzte heute vernommene Zeuge. Er sagt aus:

Die erste Sorge der Regierung der Nationalbertheiligung bestand in folgenden drei Punkten: Relationen mit Straßburg herzustellen, den Tunnel von Saverne sprengen und Beziehungen mit Bazaine antknpfen. Ich fandte ihm vom 13. September ab eine gewisse Anzahl Emisäre zu. Als ich einige Zeit später in der Nähe von Bar-le-Duc in einem Ballon niederging, sagte mir der Maire und Adjunct von Bar, daß Boyer kürzlich diesen Ort passirt habe.

Die Sitzung wird aufgehoben und auf Freitag vertagt.

Großbritannien.

A.A.C. London, 19. November. Ueber die letzten Ereignisse an der Goldküste liegen heute die amtlichen Depeschen vor, welche den Hergang in vollster Ausführlichkeit melden. Von den Einzelheiten, welche darin enthalten sind, ist übrigens nichts mitzuthellen. Die von uns bereits gemeldeten Nachrichten enthalten dieselbe Darstellung wie die Depeschen. Uebrigens haben diese Nachrichten der Gile, mit welcher die Vorbereitungen betrieben werden, einen neuen Anstoß gegeben. Zwei Abtheilungen den für die Aschanti-Expedition bestimmten englischen Truppen, nämlich die 28. Compagnie des Geniecorps und eine halbe Batterie Artillerie haben Marschordre nach Plymouth erhalten, wo das Truppenschiff „Himalaya“ bereit liegt, um sie nach der Goldküste zu führen. Drei Infanterie-Bataillone haben Befehl erhalten sich marschfertig zu halten. Im Arsenal in Woolwich herrscht die größte Rührigkeit und die Befrachtung des auf der Themse vor Anker liegenden Schraubendampfers „Marion“ mit Lebensmitteln, medizinischen Requisitionen und Kriegsmaterial für die Goldküste zu completieren.

[Eine „Home-Rule“-Conferenz.] In der Rotunde zu Dublin begann am 18. d. die große „Home-Rule“-Conferenz. Die Betschließung an derselben entsprach keineswegs der Erwartung, da der Saal nur spärlich gefüllt war. Im Ganzen waren ca. 200 Delegirte aus verschiedenen Theilen des Landes zugegen. Herr William Shaw, Parlamentsmitglied für Bandon, führte den Vorsitz. Herr Isaac Butt, das Haupt der „Home-Rule“-Partei, eröffnete die Verhandlungen mit Verlesung einer Serie von acht Resolutionen, welche dem Congreß zur Discussion unterbreitet wurden. Die erste derselben behauptet, daß es für den Frieden und die Wohlfahrt Irlands wesentlich notwendig sei, daß ihm sein Recht der häuslichen Gesetzgebung wiedererstattet werde. Der Inhalt der übrigen Beschlüsse giebt im Großen und Ganzen das bereits bekannte Programm der „Home-Rule“-Partei wieder. Die Discussion der Resolutionen gab zu einigen sehr scharfen Wortgefechten Anlaß, aus denen erhellt, daß die Führer der Partei untereinander noch nicht völlig einig sind. Herr Murphy (Unterhausmitglied für Cork) äußerte sich z. B. sehr eindringlich für die Nothwendigkeit einer Beibehaltung der politischen Connection mit England, und mißbilligte den auf „Home Rule“ Meetings oft ausgedrückten Wunsch nach Trennung mit dem Bemerkten, daß Irland des Schutzes bedürfe und denselben entweder von Frankreich oder England genießen sollte. Schließlich gelangten die ersten drei Resolutionen zur Annahme.

[Joseph Arch.] der bekannte Agitator der Ackerarbeiterklasse, ist von Canada und Amerika, wohin er sich begeben hatte, um die Verhältnisse der dortigen Ackerarbeiter kennen zu lernen, nach England zurückgekehrt.

[Die Londoner Postbeamten] hielten gestern Abend in der Greter-Hall ein öffentliches Meeting, das zum Zweck hatte, die Ansprüche sämtlicher Subalternbeamten der Postanstalten im ganzen Lande auf höhere Befoldung und die Abschaffung der Sonntagsarbeit zu befürworten. Der Vorsitzende der starkbesuchten Versammlung, Parlamentsmitglied Glyn, bemerkte in seiner einleitenden Rede, daß die Postanstalt, deren Reinertrag jährlich im Durchschnitt 275,000 Lfr. betrage, es wohl bestreiten könne, die offenbar gedrückte Lage ihrer Unterbeamten ein wenig zu bessern. In ähnlichem Sinne äußerten sich auch andere Redner. Schließlich gelangte eine Resolution zur Annahme, welche es an der Zeit hält, daß eine Revision der Befoldung und des Abwacemmentsystems der Postbeamten, basirt auf einem solchen Maßstabe und einem solchen System, das sowohl den Interessen der Beamten wie dem öffentlichen Dienste dienlich sei, die prompte Berücksichtigung der Autoritäten finden sollte. Es wurde auch beschlossen, eine in diesem Sinne abgefaßte Petition der Postbehörde zu übersenden.

[Die Hungersnoth in Bengalen.] Aus Calcutta wird dem Reuterschen Bureau unterm 18. d. telegraphirt: „Die Mitternachts wird sich, wie man erwartet, auf Patna und Bagalipore in den Districten Dinapore, Rungpore, Bograh und Theile von Rajshave, Maldah und Moorshebadad, die zusammengekommen von 25 Millionen Menschen bevölkert sind, beschränken. Die Ernte in den gedachten Districten wird dem Vernehmen nach nur einen Ertrag von drei Aetheln eines Durchschnitts liefern. Die Regierung hat die Herausgabe von 250,000 Lfr. für den Ankauf von Reis und für Hilfsbauten genehmigt.“

Dänemark.

Kopenhagen, 15. November. [Die Wahlen] sind also, schreibt man der „R. Z.“, für das Ministerium nicht günstig ausgefallen. Die national-liberalen Blätter freilich hatten ganz das Gegentheil prophezeit und die glänzendsten Berichte über die massenweise abgehaltenen Wählerversammlungen gebracht. Jetzt zeigt sich, daß sie sich und das Publikum über das Ergebnis getäuscht haben. Die Opposition kehrt ganz so stark wie vorher in das Folkething zurück. Der Minister des Innern ist gegen eines der renommiertesten Mitglieder der Linken unterlegen, und nur mit genauer Noth ist der Justiz-Minister (mit 850 Stimmen gegen 841) durchgebracht worden. Auch der Conferenz-Präsident hat eine sehr viel geringere Majorität erzielt, als das vorige Mal. Allerdings tritt jetzt auch der Marine-Minister in das Folkething, dem er bisher nicht angehörte, allein er verdrängte keinen eigentlichen Oppositionsmann, und die ganze Art und Weise, wie seine Wahl betrieben wurde, ist kaum zu billigen. Ganz sicher würde an seiner Statt sein Gegner, ein Marine-Offizier, gesiegt haben, wenn dieser sich nicht freiwillig zurückgezogen hätte. Es könnte nun scheinen, daß dem Ministerium unter so bewandten Umständen nichts anders übrig bliebe, als sich zurückzuziehen, allein es ist kaum anzunehmen, daß es sich dazu entschließen werde, denn es hat schon stärkere Niederlagen erlitten, ohne sich weiter darum zu kümmern, und der Cultusminister Hall erklärte bei der Wahlhandlung geradezu, das Ministerium werde bleiben, wenn auch die Wahlen sich ihm ungünstig erweisen sollten. Vielleicht giebt die Regierung sich der Illusion hin, es werde sich die Linke abermals zu einer Verweigerung des Budgets verleiten lassen, und nach einer abermaligen Auflösung des Folkething eine andere Stimmung als die jegige im Volke zum Durchbruch kommen. Allein es ist wenig wahrscheinlich, daß die Linke es wieder zu einer solchen Krisis kommen läßt. Siehen ihr doch andere Mittel genug zu Gebote, den Ministerien das Regieren sehr sauer, wenn nicht unmöglich zu machen. Und daß diese Mittel jetzt aufs rücksichtsloseste werden angewendet werden, darauf muß man sich gefaßt machen.

Amerika.

Newyork, 2. November. [Industrielles.] Zeitungen und Correspondenzen sind voll mit Berichten über den Einfluß, den die Panik auf die industrielle Bevölkerung Amerikas gehabt hat. Ganze Schaaen von Arbeitern werden entlassen oder müssen mit geringeren Löhnen und weniger Arbeit fühlend nehmen. Der Winter wird für mehrere hunderttausend Arbeiter ein recht strenger Herr sein. In Philadelphia allein sind seit dem Anfang der Panik 10,000 Arbeiter entlassen worden, während andere sich eine Lohnreduction von 10 bis 20 pCt. haben gefallen lassen müssen. Zu Cohoes in Newyork haben die Harmony-Baumwollspinnereien allein 5000 Arbeiter entlassen. Die Eisenwerke in Troy stehen zum großen Theile leer und 3000 Arbeiter sind ohne Beschäftigung, während eine Anzahl sich mit einem geringeren Lohne begnügt. Man glaubt, daß noch vor Ausbruch des Winters noch weitere 2000 Mann in Troy werden entlassen werden. Die Druckereifirma Garner u. Co. hat 10,000 Arbeiter entlassen. Aehnlich lauten die Berichte aus anderen Orten. Namentlich liegt die Industrie in den neuenglischen Staaten darnieder. Nur ein Gewerbe scheint von dem Einflusse der letzten Krisis verschont geblieben zu sein,

nämlich das der Schiffbauer. Das Exportgeschäft ist lebhaft, namentlich was Brodstoffe, Petroleum u. s. w. betrifft, weniger lebhaft ist die Ausfuhr von Baumwolle.

Brasilien. [Kirchliches.] Aus Rio wird unter dem 28. Oct. gemeldet, daß der Prozeß der Regierung gegen den Bischof von Olinda Fortschritte mache. Der Staatsanwalt machte am 10. seine Klage anhängig, und der Bischof wird sich innerhalb 15 Tagen nach der Anzeige zu verantworten haben. Mittlerweile hat er seine Hartnäckigkeit dadurch bewiesen, daß er noch 20 Bruderschaften mit dem Interdict belegte hat. Einige derselben haben davon keinerlei Notiz genommen und ihre gewöhnlichen Festlichkeiten gefeiert, doch weigerten sich die Geistlichen zu ministriren.

Buenos Ayres. [Versuchter Präsidentenmord.] Der „N. A. Ztg.“ wird aus Rio de Janeiro geschrieben:

Die Nachrichten über den Mordversuch auf den Präsidenten Sarmiento in Buenos Ayres beschäftigen noch immer die Gemüther Aller. Die Verbrecher sind drei junge Italiener, von denen zwei sofort von der Polizei bei dem Mordversuch erfaßt und ergriffen wurden, während der dritte zugleich nochmals auf den Wagen des Präsidenten schoß und dann durch die Maipú-Straße entkam. Der Präsident kam nur wie durch ein Wunder davon. Zuerst wollten die beiden Gefangenen, Brüder Guerri mit Namen, auf keine Frage antworten; hernach aber bekannten sie, daß sie zu dieser Mordthat von einem ihnen unbekannten Manne angestiftet worden seien, der ihnen 10,000 Patacones nach vollbrachter That versprochen habe. Sie gaben folgendes zu Protocoll: Als sie beide eines Montages Nachmittags in einem Wirthshaus sich aufgehalten im unteren Theile der Stadt Buenos Ayres, sei ein wohl gekleideter Herr auf Francisco Guerri zugekommen und habe ihn gefragt: ob er einen kleinen Auftrag ausführen wolle, bei dem sich ein großes Stück Geld verdienen lasse? Natürlich habe er dies angenommen. Zugleich wurde er befragt, ob er noch einige genau bekannte oder befreundete Leute wisse, die ihm helfen sollten, da er die Arbeit allein kaum ausführen könne. Als er dies versicherte (sein Bruder war mit ihm an Bord desselben Schiffes „Baulita“ in der Bucht von Rio de Janeiro), und nach auch einen dritten zuverlässigen Mann zu besorgen versprach, trafen die drei Gefangen nach Verabredung an demselben Ort mit dem unbekannten Herrn zusammen — und als sie sich zu dem Unternehmen bereit erklärten, wurde ihnen auseinandergelegt, um was es sich handelte. Sie sollten den Präsidenten der Republik ermorden. Derselbe sei ein Schuft, und habe vielen schweres Unrecht zugefügt. Der Unbekannte sagte, er brüte Rache dafür, und wolle ihnen 10,000 Patacones geben, wenn sie die That vollbrächten. Sie nahmen den Vorschlag an, und erhielten 200 Patacones, um sich für die That vorzubereiten und zu stärken. Vierzehn Tage vergingen. Die Mörder erhielten 200—300 Patacones täglich jeder bis zur Nacht vom 23. August, in welcher sie der Unbekannte wieder zusammenberief (in der Maipú-Straße) und sie mit Schießwaffen versah; außer den Revolvern gab er ihnen Dolche und Doppelbüchsen, sogenannte „Trabucos.“ Präsident Sarmiento sollte bald die Straße in seinem Wagen herausgefahren kommen. Der Unbekannte wollte ihnen die genaue Zeit zum Ueberfall angeben. Alle drei Kerle gingen nun auf die Straße. Sie hatten einige Zeit zu warten — endlich kam der Wagen des Präsidenten heran. Der Fremde bezeichnete denselben dem Francisco Guerri, welcher der vorderste war — er zögerte nicht; gehoramt den ihm gewordenen Befehlen feuerte er einige Schüsse durch das Fenster in den Wagen ab, gerade als derselbe ihm gegenüber war — seine Gefährten wollten dasselbe thun, wurden aber davon abgehalten durch das Klagegeheul des Francisco, der bei dem Abfeuern sich schrecklich an der Hand und Arm verwundet hatte. Dieser unerwartete Zwischenfall rettete den Präsidenten. Die Polizei bemächtigte sich zweier der Uebeltäter, der dritte entkam und ist, ebenso wie der Aufstifter des Mordanschlags, bis jetzt noch nicht entdeckt. Sobald die Nachricht dieses Angriffs auf das Leben des Präsidenten bekannt wurde, drängte sich das Volk um seinen Palast, Männer aller Klassen kamen zur Beglückwünschung herbei, daß Sarmiento in dieser fast wunderbaren Weise mit dem Leben davon gekommen war. Verschiedene Motive für diesen gewaltsamen Angriff auf das Leben des obersten Beamten der Republik werden angegeben. Einerseits meint man, es sei eine Antwort von Lopez Jordan und seinen Leuten darauf, daß die Republik einen Preis durch die Executive des Congresses auf deren Häupter setzte. Andere sagen: es gehe von Alfina (dem Hauptcandidaten für die nächste Präsidentenwahl) oder dessen Anhängern aus. Da Dr. Alfina der Vice-Präsident der Republik ist, würde Sarmientos Tod jetzt ihn sofort an die Spitze der Verwaltung gestellt und ihn in den Stand gesetzt haben, die ganze Maschinerie der Regierung für seine eigene Wahl in Bewegung zu setzen.

Provincial-Beitung.

Breslau, 22. Nov. [Kirchliches.] In gestriger Magistrats-Sitzung wurde Herr Pastor Legner an der Eistausend-Jungfrauenkirche an Stelle des emeritirten Pastors zu Maria Magdalena Herrn Consistorialrath Heinrich zum Pastor an der Magdalenenkirche gewählt. Da mit dieser Stelle gewöhnlich die Superintendentur verbunden ist, so dürfte in dem erfahrenen hochverdienenden Manne die Breslauer Diocese einen ausgezeichneten Superintendenten und die neue Kreis-Synode einen vortrefflichen Vorsitzenden erhalten. — Die Nachricht von dieser glücklichen Wahl hat sich schon gestern blitzschnell in evangelischen Kreisen verbreitet und überall die freudigste Zustimmung gefunden. Zu bedauern ist nur die Eistausend-Jungfrauen-Gemeinde, die durch diesen Wechsel allerdings einen herben Verlust erleidet.

Der Kronprinz. Aus Dels meldet die dortige „Locomotive“: Der Kronprinz traf am 19. d. Mts., Abends 8½ Uhr, auf der Rückreise von den großen Jagden bei Pleß hier ein, und benutzte den kurzen Aufenthalt auf dem Bahnhofe, um dem zur Begrüßung erschienenen Offizier-Corps seines Dragoner-Regiments in leistungsfähiger Art von seinem Jagdglück zu erzählen, wie er mit einem ganz kleinen Thier, einem Wiesel, begonnen und mit einem sehr großen Wild, einem Auerochsen, seine Jagd beendet habe. Auf Vortrag des Herrn Oberst von Winterfeld gestattete der Kronprinz sodann, daß ihm eines seiner Pathen, ein Sohn des durch die Standarten-Eroberung bei Nachod bekannten Trompeters Duchale, vorgestellt wurde. Der Kronprinz hatte zur Zeit des französischen Feldzuges bei Paris sich dem damaligen Wittwer als eventuellen späteren Pathen angeboten und heute feierte wunderbarer Weise der kleine, nette Junge gerade seinen Jahres-Geburtsstag. Nicht allein der glücklichen Mutter, sondern aller Umstehenden Herz eroberte der hohe Path, als er sich voll Herzlichkeit zu dem kleinen Herabbeugte und ihm die Händchen drückend, ein glückliches Gedeihen wünschte. Ein Goldstück — durch den Reisevarschall übergeben — wird der Familie ein unschätzbares Andenken an die menschenfreundliche Huld des Kaisersohnes und des hochverehrten Regimentschefs sein!

Breslau, 21. Novbr. [Handwerkerverein.] Herr Dr. phil. Herda, der für den gestrigen Abend bei Aufstellung des Vierteljahresprogramms der Vorträge übernommen hatte, sah sich, wie er am letzten Dinstag anzeigte, durch „überhäufte Arbeit“ gehindert, seinem Versprechen zu genügen, und so war der Vorsitzende, Herr Sanitätsrath Dr. med. Eger, genöthigt, einzutreten. In der Einleitung wies der Vortragende auf die Jahreszeit hin, deren zunehmende Kälte und Kneisigkeit den Sinn des Menschen von der freien Natur, die ihm im Sommer Erholung und Erregung gewährt habe, auf sich selbst und seine Wohnung hinlenke und auf den Ertrag denken lasse, den ihm die enge Stube gewähren müsse. Zu den Erfordernissen einer Wohnung aber gehören in erster Linie, eine angenehme und gesunde Temperatur, reine Luft und ungehindertes Licht. Hierbei sei nun der Wille des Einzelnen nicht hinreichend, um das Geleg: „Salus publica suprema lex esto“ überall zur Ausführung gelangen zu lassen und die „Sanitätspolizei“, die in der vorletzten Zeit immer mehr ihren Segen und ihre Macht entfalte, erlange mit dieser allgemeinen Fürsorge auch das Recht, in das Privatleben der Menschen, von dem die Polizei sonst möglichst fern zu halten sei, einzudringen und belehrend, anordnend, ja strafend ihre Gebote zur Ausführung zu bringen und den Verkehr zu regeln.

Die Industrie unserer Tage hatte bei ihrem Bestreben, immer mehr alle Räume wirtschaftlich nutzbar zu machen, diejenigen Menschen, deren Existenz auf bescheidene oder geringe Mittel beschränkt ist, entweder hinauf

in hochgelegene, den Einflüssen des Wetters ausgesetzte Wohnungen, oder in tiefgelegene, der nöthigen gesunden Luft und des Lichtes entbehrende Keller-räume gebrängt und auch darin noch eine Anhäufung der Bewohner zuwege gebracht, die weder der Gesundheit noch der Sittlichkeit förderlich ist. Dazu fehlen geräumige Höfe und öffentliche, grüne Plätze zur Erholung, Lebensalter, ihrer Beschäftigung an Stropheln, Schwindel, Gicht u. dgl. leiden und etwa fehlende Epidemien vielfach Nahrung und Opfer finden, zumal auch die Lebensweise und Kost bei der stets überhandnehmenden Hebung der Lebensmittel und Bedürfnisse, sei es aus Noth oder Unkenntnis, den Forderungen der Gesundheitsvorschriften wenig entsprechen. Belehrung und Beispiel thun hier neben vernünftigen Gesetzen dem Volk aller Klassen besonders wohl, und so wolle Redner, wie oft die Sache auch schon und von ihm selbst besprochen sei, abermals die Aufmerksamkeit der Zuhörer auf diese Regeln der Gesundheitslehre richten.

Bezüglich der Wärme, des ersten Erfordernisses einer gesunden Wohnung, ist außer der Verwahrung derselben gegen Wind, Zug und Kälte die Heizung der Wohnung ins Auge zu fassen, deren Grundgesetz „Gleichmäßigkeit der Temperatur“ ist. Redner machte hier darauf aufmerksam, daß hierin auch gegenüber den häufigen Mangelkrankheiten gefaßt werde, daß als Maßstab für eine zweckmäßige Heizung, deren Ziel für Gesunde niemals 12—13 Grad übersteigen dürfe, höchstens 15 Grad, was schon für Kranke genüge, ein Thermometer dienen müsse, der in jeder Wohnung mehrfach zu finden sein und mit dessen Gebrauch die für Heizung Sorgenden hinreichend bekannt gemacht werden sollten. Im Schlafzimmer ist weniger Wärme erforderlich, wo hinreichend Betten vorhanden sind. Ungelugt sei die Veränderung der Temperatur beim Aus- und Eingehen in verschiedene Gemächer und auch das Wechseln in kälteren Räumen, z. B. Garderoben, aufbewahrter Kleidungsstücke. Die Kleider müßten erst durchwärmt werden, ehe man sie anlegt, gerade wie man auch sich derselben beim Betreten erwärmter Räume nicht bald entledigen darf. Hierauf ging Herr Dr. Eger zu Betrachtungen des Werkzeuges über, womit unsere Zimmer geheizt werden, des Ofens. Am besten ist ein Kachelofen, der im guten Zustand sein muß. Außerdem werden freilich Heizungen mit erwärmter Luft oder mit heißem oder warmem Wasser, eiserne Ofen und offene Kamine angewendet. Ungerund sei die Einathmung verschieden erwärmter Temperatur, obwohl die Natur gegen deren Einwirkung schon durch Augenlider, Zähne, Lippen geschützt habe. Außerdem wird die Luft der Zimmer durch Gas und die anderen Verunreinigungsstoffe vielfach verdrängt und sollte darum jedes Gemach wenigstens am Morgen eine Viertelstunde, selbst im Winter, gelüftet werden. Mit besonderem Argwohn aber sei der Ofen zu betrachten, dessen fehlerhafter Zustand oder Gebrauch schon vielen Menschen das Leben gekostet habe und trotz aller Verbesserungen allwintertlich noch koste. Wenn nämlich die zum Heizen angewendeten Materialien, wegen schlechter Beschaffenheit oder wegen Mangel der Ofen (verstopfte Röhre, Röhre oder Löcher) nicht verbrennen, entwickelt sich Kohlenoxyd, Kohlenwasserstoff, Kohlenoxyd, Kohlenwasserstoff und Schwefelgas, die in der Luft verbleiben, über deren giftige und darum, weil diese Gase sich weder durch sichtbare, noch schmeckbare Eigenschaften verrathen, um so gefährlichere Wirkungen der Vortrage mehrere mittheilte. So hat man beobachtet, daß Kaninchen u. a. Thiere die man unter einer Glasglocke in mit Kohlenwasserstoff resp. Kohlenoxydgas mit nur wenig Procenten geschwängerte Luft brachte, schon nach 20, ja nach 30 Minuten umfielen und erlagen. Redner ging hier nun noch näher auf die Erscheinungen ein, die er an in seiner Praxis vorgefallenen Vergiftungsfällen beobachtet habe und wies nach, daß die Todesfälle nicht, wie man sonst annahm, durch Erstickung, sondern durch Blutvergiftung herbei geführt worden seien. Unerwartet, Druck an der Stirn, Schiefsehen seien die ersten Symptome, dann verliere sich die Nacht über die Beine und folge ein Zusammenstürzen, und eine Einwirkung auf die mit dem Athmen zusammenhängenden Verrichtungen des Gehirns, worauf mit Lähmung der Lunge und des Herzens der Tod eintrete. Bei geeigneter ärztlicher Behandlung findet auf umgekehrtem Weg die Wiederbelebung des Patienten statt. Ehe aber ein Arzt zu erlangen sei, müsse der Kranke aus dem vergifteten Raum an freie Luft geschafft werden, mindestens Thüren und Fenster geöffnet, dann der Kranke von allen beengenden Kleidungsstücken befreit, in sitzende Stellung, am besten in ein warmes Bad gebracht werden und mit Ausdauer zum Schlingen angeregt werden, durch Einathmung warmen Kaffees, das Weitere habe der Arzt zu besorgen. — Schließlich hob Herr Dr. Eger noch die Zweckmäßigkeit des Verbotes aller Ofenklappen hervor, welches die Bromberger königliche Regierung erlassen habe und das wünschig überall einzuführen sei. Nach dem Vortrag wurden einige Fragen erledigt und beschrieb anläßlich der einen Herr Kaufmann Freyhan kurz das Verfahren eines amerikanischen Ingenieurs, womit es diesem in einem Tage gelungen sei, eine schmalspurige Eisenbahn mit breiteren Gleisen zu verlegen. — Der nächste geistliche Abend soll am 6. December stattfinden. Eine kurze Erörterung über unser Straßenpflaster und den darauf sich anhäufenden Schmutz schloß die Sitzung.

Breslau, 21. Nov. [Criminal-Deputation.] Auf einem Felde, wege des Dominiums Kanfern bei Breslau wurde von dem Inspector des Dominiums, Baum, eines Abends im September dieses Jahres einer der Dorfbewohner betrogen und ihm dieser Baum, welcher ein Privatweg des Dominiums ist, verboten. Der Bauer widerlegte sich dieser Aufforderung und erklärte sogar, er werde den Inspector mit der Hade, die er mit sich führte schlagen, sofern dieser nicht fortginge. Der Inspector kam jedoch der Drohung zuvor, indem er den frechen Menschen so von dem Wege stieß, daß er in den Graben fiel. Dieser aber, offenbar vorbereitet, giebt ein Zeichen mit einer Pfeife, worauf noch drei Offizien hinzuströmen und den Inspector mit erhobenen Fäusten bedrohen, ihn auch darüber zur Rede stellen, wie er den Mann anhalten könne. Der Inspector Baum jagt mit Bestimmtheit aus, daß hierbei auch gegen ihn die Auehrung gefallen: „Schlagt den Hund tot.“ Hierauf zieht der Inspector sein Messer und erklärt, jeden niederzulegen, der Hand an ihn legen würde. So gelingt es ihm, Schritt vor Schritt sich in seine von dem Schauplatz nicht sehr entfernte Wohnung zurückzuziehen. Dort findet er außer seiner Ehefrau noch Besuch in den Personen der Pastor Schmidt'schen Geleute und unterhält sich mit diesen etwa eine Stunde lang, unter Anderem auch über den erlittenen Angriff. Mitten indeß, im ruhigsten Geplauder werden die Baum'schen Geleute und deren Gäste von einem ganz außerordentlichen Lärm, der aus dem Hause flutet, gestört, worauf sich Baum hinausbegeben, um nach der Ursache desselben zu sehen. Zu seinem Entsetzungen findet er da die 4 Angreifer wieder vor, welche von ihm verlangen, er solle jetzt einmal mit zum Scholzen kommen, um da ein Protokoll zusammen mit ihnen zu „machen“. Selbstverständlich weigert sich der Inspector und beschließt den Zumutungen, sein Haus zu verlassen. Dies thun aber die Eindringlinge nicht, vielmehr bleiben sie unter Toben und Schimpfen bei ihrem Verlangen stehen. Da er indessen sich in das Wohnzimmer zurückgezogen, so stoßen die Leute während an die inoffenen verriegelte Thür, und es bleibt also nichts anderes übrig, als wiederum zu öffnen. Der Inspector nimmt die Lampe mit hinaus, beleuchtet die ungeladenen Gäste und bittet den Pfarrer Schmidt, sich dieselben anzusehen und zu merken. Der Pfarrer that dies auch und kann die 4 Angeklagten heute recognosciren. Außerdem wurde auch festgestellt, daß zwei von ihnen, die Zuhörer R. und S., als endlich die Störer des Hausfriedens sich schimpfend und fluchend entfernten, gerufen hatten: „Wo ich den Kerl treffe, mache ich ihn kalt.“ Vor Gericht suchen sie sich heute damit zu entschuldigen, daß sie mit Recht verlangt hätten, der Inspector solle sich mit zum Scholzen begeben, um dort die Angelegenheit zu Protokoll zu bringen. Der Vorsitzende machte hiergegen die Angeklagten darauf aufmerksam, daß dies nicht im Stande sei, die auf „Bedrohung mit einem Verbrechen und Hausfriedensbruch“ lautende Anklage abzuwenden. Da die Angeklagten weiter nichts vorzubringen vermochten, so erkannte der Gerichtshof (Criminal-Deputation des Kreisgerichts) gegen die zwei, welche die Bedrohung ausgesprochen hatten, auf 6, gegen die anderen beiden, welche sich nur des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht hatten, auf 4 Wochen Gefängnis.

Sch. Gölitz, 21. November. [Schulrevision.] — Schulangelegenheiten. — Bierpreiserhöhung. — Director Sammann.) Eine durch den Regierungsschulrath Bed aus Rignitz am Mitte September hier vorgenommene Revision der städtischen zum Ressort der Regierung gehörenden Schulen hat ein überaus befriedigendes Resultat ergeben, so daß sich die Regierung in der anerkanntesten Weise über das Ergebnis ausgesprochen hat. Bei den Schülern, welche die Stadt bereitwillig für die Schulen bringt, gewährt das Bewußtsein, daß dafür auch Tüchtiges geleistet wird, große Erregung. Bei der ungeliebten Volksschule wird zu Stiern schon wieder die Errichtung von drei neuen Klassen nothwendig. — Von dem Gymnasium wie von der Realschule haben sich mehrere jüngere Lehrer um Anstellungen auswärts beworben. In einem Falle haben sich die städtischen Behörden bereits zu der Bewilligung einer persönlichen Zulage von 100 Thalern entschließen müssen, um den betreffenden Lehrer zu halten, und der Fall dürfte sich noch öfter wiederholen. — Was in Breslau die Restaurateure in Aufregung versetzt hat, ist nun auch hier eingetreten — die Erhöhung des Bierpreises. Vorangegangen sind die kleinen Bräner von einfachem Biere; heute hört man, daß die Actien- und Genossenschaftsbrauerien, welche hier den Platz vorzugsweise versorgen, die Bauern, Köbauer, Zittauer und Gölitzer Brauerei, sich über einen gleichmäßigen Aufschlag verständigt haben. Derselbe beträgt 10 Sgr. auf den Hectoliter, also

Handel, Industrie &c.

etwas über einen halben Pfennig auf das 1/2-Eiterseidel, was sich durch stärkeres Spritzen leicht einbringen läßt. Es heißt übrigens daß dieser Erhöhung wahrscheinlich eine zweite in einiger Zeit folgen wird, wenn die Gerstenpreise ihre jetzige Höhe behaupten. — Von gut unterrichteter Seite erfahre ich, daß Director Sammann entschlossen ist, auf keinen Vergleich mit dem Verwaltungsrathe der Lüders'schen Fabrik einzugehen. Es hat ihn tief verletzt, daß der Verwaltungsrath in vollem Anblich auf die Ansuchen der Revisions-Commission ihn als den allein Schuldigen hingestellt hat.

W. Grünberg, 21. Nov. [Die Grünberger Institute.] Nächsten Sonntag Vormittag findet eine Versammlung größerer Banquiers statt, welche über die Lage der Tuchfabrik und des Kasernenvereins berathen und eventuell die Mittel zur Weiterführung beschaffen werden. Vorläufig ist allen weiblichen Arbeitern in der Tuchfabrik gekündigt und wenn günstigere Verhältnisse nicht eintreten, so werden mit nächster Woche mehrere hundert Arbeiter nutzlos bleiben. Bisher ist noch fast im ganzen Umfange gearbeitet worden, weil noch bedeutende Lieferungen von Militärtüchern waren. — Nachdem die Verhandlungen wegen Staatshilfe der hiesigen bedrängten Institute als gescheitert anzusehen war, hatte sich eine Gesellschaft, bestehend aus den Herren Kasan, Abraham, Cugmann und Mannig gebildet, um dem Kasernenverein unter die Arme zu greifen; da jedoch die zu beschaffenden Capitalien zu bedeutend waren und zu wenig Sicherheit dagegen geboten wurde, so hat sich dieses Comité wieder zurückgezogen; thatsächlich hat der Kasernenverein seit Montag nicht mehr gezahlt; zu den mehrfachen Fristen, welche ihm gewährt wurden, ist noch eine letzte bis Montag bewilligt worden und wird erst die Banquier-Conferenz über Sein oder Nichtsein beider Establishments entscheiden. Allgemein ist die Ansicht vorherrschend, daß der Kasernenverein für die Schlechte Tuchfabrik aber erhalten bleiben wird. Die Actien-Droßföcken- und Omnibus-Gesellschaft, ein vom Kasernenverein gegründetes und größtentheils aus ihm erhaltenes Institut, sieht wohl nun auch ein, daß ihr letztes Stündlein bald geschlagen hat, denn eine Anzahl Pferde und Wagen sind zur Messe in Frankfurt und werden dort verkauft. — Die Verhältnisse der Vereinsfabrik lassen einigermaßen wieder hoffen, das obige Comité, nachdem es eine Intervention zu Gunsten des Kasernenvereins abgelehnt hat, ist der Vereinsfabrik zu Hilfe gekommen, außerdem ist eine neue Einzahlung von 50 pSt. auf die Actien ausgeschrieben, und wenn diese Gelder rechtzeitig beschafft werden, dürfte auch die Fabrik zu halten sein.

m. Spottan, 20. Nov. [Lehrer-Angelegenheit.] Wie notwendig eine hier in Aussicht gegebene und wesentliche Erhöhung der Elementarlehrer-Gehälter ist, beweist folgender Fall am besten: Nachdem die vor einem Jahre noch mit 200 Thaler dotirte, seit Januar d. J. mit 220 Thlr. ausgestattete und seit Michaeli erledigte letzte Lehrerstelle an der hiesigen evangelischen Stadtschule mit 250 Thaler ausgeschrieben worden, meldeten sich 3, sage: drei Bewerber. Unter diesen hat der eine am vorigen Dienstag seine Profection abgelegt, der andere lehnte ab, und der dritte unterließ es, zu erscheinen. Von einer in derartigen Fällen beliebigen Auswahl konnte demnach keine Rede sein.

Δ Brieg, 20. Nov. [Stadtverordneten-Wahlen.] Für das Communalwesen und den öffentlichen Geist in unserer Stadt war der heutige Tag ein merkwürdiger und wird reich an Folgen sein. Die Ergänzungswahlen zur Stadtverordneten-Versammlung sind mit einer Lebhaftigkeit, einer Fülle von Mitteln und einem schließlich Erfolge vollzogen worden, wie vielleicht kaum anderswo. Wiederholt schon ist über die Grenzen localer Kenntnissnahme hinaus berichtet worden, daß in die Entwicklung und das Emporblühen des communalen Lebens hieselbst seit Jahren Kräfte einzugreifen trachten, welche weder in den Zielen, noch in den Mitteln ihres Strebens vor unbefangener und maßvoller Beurtheilung bestehen können. Statt berechtigter Meinungskämpfe und innerlich scharfer sachlicher Zweifels- oder Bessersüchtheits der Ansichten wird hauptsächlich unter Führung oder Ausnützung eines in der großen wie kleinen Presse weit und überaus wohl einzig dastehenden Localblattes, unablässig und meist in empörender Weise persönlichem Uebelnachreden in einer Weise und in einem Umfange Raum gegeben, wovon aus des Rufes der Stadt willen von Jedermann am liebsten geschwiegen wird. Auch beim diesmaligen Wahlkampf ist persönliche Gehässigkeit und Schmähung in schrankenloser Weise eingemischt, dafür aber auch sammt verschiedener Unbesonnenheit sehr zu Falle gebracht worden. Anfangs bestanden zwei Parteien: diejenige des „Bürgervereins“ und eine starke Zahl von Männern, welche als Stadtverordnete oder in sonstigen Communal-Gremien seit vielen Jahren unter Zuwachs immer neuer Kräfte thätig sind. Letztere traten unter selbstverständlichem Ausschluss der mit Ende des Jahres geistlich ausgeschiedenen Stadtverordneten zusammen und beschloßen, der Wählerwahl ausnahmslos die Wiederwahl der Ausscheidenden und für einige durch Todesfälle u. leergebliebenen Stellen einige neue Namen vorzuschlagen. Die dem berechtigten Vorgehen stellte der „Bürgerverein“ sein im Ziele nicht minder berechtigtes, wenn auch erheblich weiches entgegen. In den gebrauchten Mitteln war die Abweichung zu großem Theile eine unüberhörbare. Es liegt hier Material vor, welches nicht für die principielle oder sachliche, sondern geradezu für die sittliche Seite eines solchen Kampfes die übelsten, mehr als local wirkenden Beispiele liefern müßte. Die „Stadtverordneten-Partei“, wie man sie nennen kann (geistliche Bemühung, persönlich zu färbten und dadurch zu verbittern und zu verleiden, bedient sich dazu des Namens des langjährigen Stadtverordneten-Vorsitzers), hat ohne weiteres Beiwert ihre Vorschläge verbreitet und ist hierbei in sehr einfacher und sachlicher Weise vom heiligen „Der-Wahl“ unterstützt worden, dessen grundsätzlich seit Jahren geübte Nichtbeachtung der schrankenlosesten persönlichen Ausfälle gerechtfertigt sein mag, den sprichwörtlichen Satz gegen seine Existenz aber nur noch mehr zu reizen scheint. Der „Bürgerverein“ für welchen in dem anderen Localblatte sehr ausgiebig gewirkt wird und von dem eine große Zahl von Mitgliedern das Beste wünschen mögen, aber über Personen und Zustände in der städtischen Verwaltung doch wohl nicht zureichend unterrichtet sind, hat durch zahlreiche Versammlungen, bewegliche Reden und anregende Placate seines Wahlcomites (in welchem ein bekannter Clementarlehrer, ein seit einigen Jahren hierher gezogener Mediciner und noch ein Dritter oder Vierter anführen) den Wahlkampf, besonders in der dritten Wählerabtheilung nach den Wünschen seiner Leiter vorbereitet. „Auf zur Wahlschlacht!“ lautete der an den Straßenecken gestern und heute angeheftete, an den Bürgerverein gerichtete Ruf und die Schlacht kam und — wurde verloren. Verloren vom „Bürgerverein“ noch mehr aber von diesem oder jenem Führer desselben und seinen auf allen Straßen gepredigten persönlichen Wünschen, Feindseligkeiten und desgleichen. Der ausgesprochene Wille, Kräfte in die Stadtverordneten-Versammlung zu bringen, deren erste Aufgabe die Beseitigung des Stadtverordneten-Vorsitzers sei, ist total gescheitert. Gerade in der für allein beherrschend gehaltenen dritten Wähler-Abtheilung wurden die vom Bürgerverein aufgestellten Candidaturen des Kreisphysikus und eines Stotelschneiders mit mehr als 200 gegen einige 70 und 80 Stimmen geschlagen und damit eigentlich der ganze Sieg entschieden. Aber auch in der zweiten Wähler-Abtheilung war eine an sich ebenfalls völlig berechtigte, aber in Mitteln und allerlei Beiwert mindestens sehr unglückliche Sonderbestrebung noch in zwölfter Stunde auf die Scene getreten; einige gelehrte und ungelehrte Berufstreue hatten in den „allgemeinen“ Wahlen Verzichtung durch besondere Vertreter gefordert, wollten sich nicht „bevormunden“ lassen (durch Wahl-Vorschläge!) und es war ein Memoir verfaßt worden, in welchem viel von einer Nachmittagspredigt steckte und in dem ein paar falsch geredete „Gleichungen“ nicht eben glücklich figurirten; eine Feder, welche im Verwaltungsdienst kaum geübt sein dürfte, klagte den „Charges“ und den „Eigennutz“ an, welcher zum „eigenen Wohlbehagen“ mit den Mitteln der Stadt eine Badeanstalt errichten (sichredlich!) den Druck des Wasserwerks in die oberen Stockwerke der Häuser steigern (schredlicher!), sogar Schulen für die „sogenannten höheren Stände“ (am schredlichsten!) errichten wolle. Auch dieser urplöthliche Angriff ward mit dem Bedauern abgeschlagen, daß dabei wider Erwarten ehrenwerthe und geachtete Namen in unerwünschte Beziehung traten. In der ersten Wähler-Abtheilung und von deren seit Jahren stets willig und anerkennend mitthelfenden Intelligenz ist einstimmig gewährt worden, so daß auf der ganzen Linie auch nicht ein von der „Stadtverordneten-Partei“ aufgestellter Name in Wegfall oder nur an einen anderen Platz gekommen wäre; die erzielten Mehrheiten waren mindestens sehr erheblich, meistens sehr bedeutend, im Einzelnen überwältigend. Die Theilnahme der Wählerchaft war: in der dritten Abtheilung erschienen von 693 Stimmberechtigten 301, in der zweiten von 285 Wählern 180, in der ersten 48 von 78.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

November 21. 22.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Zufuhr bei 0°	332° 16	330° 89	327° 82
Lufthöhe	+ 207	+ 195	+ 196
Luftdruck	1° 66	1° 67	1° 75
Luftfeuchtigkeit	65 pSt.	73 pSt.	76 pSt.
Wind	SW. 1	SE. 1	SE. 2
Wetter	bedeckt.	trübe.	trübe.

Breslau, 21. Novbr. Die Börseröffnung leistete der Meinung Vorschub, als solle die Kaufbewegung im Fluß erhalten werden. Die Schluss-Course des Vortages liegen sich meist noch erreichen und es fehlte auch nicht an einer ziemlich allgemeinen günstigen Stimmung. Nach und nach aber verlor sich dieselbe nicht nur, sondern sie machte sogar einer matten Haltung Platz, die denn auch in Coursrückgängen zum Ausdruck kam. Das gilt zunächst von den österreichischen Speculationswerthen, während andere der Speculation angehörige Papiere, wie Disconto-Commandit-Antheile, Dortmunder Union und Aehnliche von vornherein unter den gestrigen Notierungen eintraten. Die Gerüchte über unvermeidlich bevorstehende Concurse thaten hierbei das ihrige, den Verkehr unter Druck zu erhalten, und es fehlte dann auch nicht an Verbreitern böser Nachrichten über einzelne Unternehmungen, die ohne verlässliche Begründung doch vielfach willig geglaubt wurden. So sollten elementare Unfälle die Dortmunder Union betroffen haben, doch weiß man von solchen an zuständiger Stelle kein Wort. Im Ganzen war übrigens mehr Laubst als Fleisheit die Signatur des Tages. Zu allerdings nach und nach sinkendem und sich theilweise wieder erholendem Course verkehrten die internationalen Speculationspapiere in immerhin leidlicher Haltung, auch gewaltig der Verkehr ziemlich umfangreiche Dimensionen, nur Lombarden blieben sehr still, behaupteten aber mit großer Fähigkeit ihre Notiz. Franzosen zeigten sich eher offerirt und war dies wohl eine Folge der in den jüngsten Tagen eingetretenen bedeutenden Coursteigerung, die Anregung zu zahlreichen Realisationen gab, der Course gab in Folge dessen um ca. 1 1/2 Thlr. nach. (Nach S. t. B. wird die gesammte Wocheneinnahme ca. 678,000 Fl., die Mindereinnahme daher ungefähr 70,000 Fl. betragen; in 6 Tagen erzielte Einnahme 582,212 Fl.) Oesterreichische Nebenbahnen trugen im Allgemeinen eine recht feste Physiognomie, miewohl Salzburger und Osterr. Nordwestbahn eher nachgebend sich zeigten. Josephbahn sowie Rudolphbahn trugen eine geringe Coursavance davon. In auswärtigen Fonds blieb der Verkehr sehr gering und war die Haltung wenig fest. Oesterr. Renten anfangs matt, besserten später die Tendenz, Italiener sowie franz. Rente gänzlich vernachlässigt. Türken gewannen zum Schluss an Festigkeit und Amerikaner blieben unverändert. Von russischen Werthen waren 71er und 72er Anleihe behauptet und zogen im Course an, Prämienanleihen waren begehrt. Deutsche und Preussische Fonds hielten sich unverändert, erfuhren aber auch nur sehr geringe Umsätze. In gleicher Tendenz entwickelte sich das Geschäft in den Prioritäten, die zwar fest aber sehr still waren. 5% Staatsbahn 91 1/2 bez. Werabahn erste 4 1/2 % 99 C. Auf dem Eisenbahnactienmarkt erwies sich die Tendenz erheblich abgeschwächt, die Rheinisch-Westfälischen Speculations-Devisen waren zwar niedriger, doch infolge vieler Realisationsverläufe recht belebt. Köln-Mindener und Bergische verloren nur wenig im Course, Rheinischen im stärkeren Maße zurück. Anhalter konnten sich nur schwach behaupten. Potsdamer ziemlich preishaltend, von Schweizer Union und Westbahn ging manches um, sonst hielten sich leichte Bahnen bei schwachen Umsätzen; Pommerische Centralbahn wird von heute ab (des Concurse wegen) franco Zinsen gehandelt. Auf Prämie fand sich für Bahnen Frage per Dezember. Banfactien zeigten sich sehr still bei matter Tendenz. Disc.-Comm. schwankte zwischen 178—75 und schloß etwa 176 1/2, pr. ult. bewegte sich unter Wiederholungen der Courslauf zwischen 174 1/2 und 176 1/2. Preuss. Boden-Credit zog bei fester Tendenz in der Notiz an, Union zeigte sich sehr belebt. Berl. Handel fest, auch die Breslauer Devisen hoben sich; Wechseln. Hypothek. wurden auf die in Aussicht genommene Liquidation hin gekauft. Industriewerthe stellten sich vielfach niedriger, beträchtlicher ist aus den Eingangs erwähnten Gründen die Einbuße bei Dortmunder Union (85 1/2—83—83 1/2), sonst blieben Bergwerke still, Laura anfangs beliebt (160—158).

H. Breslau, 21. November. [Handelskammer-Sitzung.] In der heut abgehaltenen öffentlichen Sitzung theilte der Vorsitzende, Commerzienrath Friedenthal, zunächst ein Schreiben des Herrn Rm. B. B. Grütznert mit, worin derselbe anzeigt, daß er das Mandat eines Mitgliedes der Handelskammer infolge Ablebens seines Sohnes niederzulegen sich gebrungen fühle. Auf Antrag des Vorsitzenden beschloß die Kammer, dem Ausscheidenden ihren Dank für seine bisherige Thätigkeit und ihr Bedauern über sein Ausscheiden zu erklären. — Auf der Tagesordnung stehen Handelskammer-Wahlen. Nachdem die Liste der zur Theilnahme an den Handelskammer-Wahlen berechtigten Kaufleute vom 3. bis 13. November c. an der Börse ausgelegt und Reclamationen gegen die Liste nicht eingegangen sind, erfolgte nunmehr die definitive Feststellung der Wählerliste und die Ernennung des Wahl-Commissarius. Die Versammlung ernannte als solchen den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter, Consul Molinari, auch zum Stellvertreter als Wahl-Commissarius. Die Feststellung des Wahl-Termins wird dem Vorsitzenden überlassen.

Führung des Handelsregisters. Von dem Handelsminister ist in Bezug hierauf unter dem 29. October c. ein Rescript erlassen worden, in dem es heißt: Im Laufe der letzten Jahre sind die Beschwerden darüber immer häufiger und dringender geworden, daß der Inhalt des Handelsregisters in vielen Fällen die erforderliche Uebereinstimmung mit den jeweiligen thatsächlichen Verhältnissen vermissen lasse und daß insbesondere die Errichtung neuer Handelsniederlassungen und das Erlöschen eingetragener Firmen, wenn überhaupt, doch nicht rechtzeitig zur Eintragung gelangten. Bei näherer Prüfung haben diese Beschwerden zum Theil als begründet anerkannt, zugleich aber die geringen Mängel überwiegend darauf zurückgeführt werden müssen, daß die Einleitung des Strafverfahrens gegen die in der vorgeschriebenen Anmeldung säumigen Interessenten in der Regel nur deshalb unterbleibe, weil die zum Einreichen berufenen Gerichte von den dazu Veranlassung bietenden Vorgängen überhaupt nicht oder wenigstens nicht rechtzeitig Kenntnis erhalten. Um zunächst nach letzterer Richtung hin, soweit thunlich, Abhilfe zu schaffen, ist nunmehr die Einrichtung getroffen, daß die Kreis-Steuer-Einnehmer von allen die Gewerbesteuerlisten A. I. und A. II. betreffenden Zu- und Abgängen, sobald solche amtlich zu ihrer Kenntnis gelangen, der mit der Führung des Handelsregisters betrauten Gerichtsbehörde Mittheilung zu machen haben.

Weiterer Erwägung bleibt insbesondere eine etwaige Abänderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen vorbehalten, wonach in Fällen des Erlöschens von Firmen die Eintragung nur auf Grund einer von dem Inhaber, oder doch von dessen Erben oder Vertretern ausgehenden Anmeldung, behufs deren Herbeiführung überall wirksame Zwangsmittel nicht zur Verfügung stehen, erfolgen darf.

Im Uebrigen lege ich besonderen Werth aber auch noch darauf, daß die Organe des Handelsstandes nach Kräften dazu mitwirken, den Inhalt des Handelsregisters in möglichst vollkommener und ununterbrochener Uebereinstimmung mit den thatsächlichen Verhältnissen zu erhalten.

Allgemein und dringend muß ich empfehlen, daß die Organe des Handelsstandes jeden zu ihrer Kenntnis gelangenden Fall einer Abweichung der Eintragungen von den thatsächlichen Verhältnissen alsbald und unaufgefordert der zuständigen Gerichtsbehörde mittheilen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Vorsitzenden erläuterte Herr Handelskammer-Syndicus Hr. Gras, in welcher Weise eine möglichst Genauigkeit der Firmenregister angestrebt wird und bemerkt dabei, daß das Handelsgericht eine Durchsicht des Handelsregisters zum Zwecke der Berichtigung nicht gestattet. Der Vorsitzende empfiehlt, an das tgl. Stadtgericht den Antrag zu richten, die gewünschte Einsicht zu gestatten. Herr Grunwald wünscht an den Minister das Gesuch zu richten, daß er die Gerichte beauftrage, der Handelskammer jede Eintragung anzuzeigen. Die Versammlung beschloß sich im Sinne des Vorsitzenden.

Revision des Vereinszolltarifs bezüglich der Bestimmungen über zollfreie Einfuhr von Wein auf der Grenzlinie zwischen Loebisch und Seidenberg.

In verlesenen Zeitartikeln des „Gewerbvereins“ wird über die Bestimmung, nach welcher Leinwand in Preußen auf der Grenze zwischen Loebisch und Seidenberg nach Weichereien und Leinwandmärkten zollfrei übergeht, Beschwerde geführt. Es wird behauptet, daß durch diese auf einem alten Privilegium Friedrich des Großen beruhende Begünstigung der böhmischen Leinwandfabrikation die Interessen der diesseitigen Weber geschädigt würden, und in erster Linie der Antrag gestellt, dahin zu wirken, daß österreichischerseits auch das in Preußen gefertigte Leinen in Böhmen zollfrei zugelassen werden, ev. aber vorgeschlagen, ein Verbot zu erlassen, daß böhmisches Leinen in Zukunft in Preußen ohne hohen Zoll eingeführt werde.

Der Handelsminister fordert die Handelskammer auf, sich zu äußern, ob und eventuell in welchem Umfange die Ausführungen in dem Zeitartikel begründet sind, ob also in der That eine wesentliche Beeinträchtigung der Erwerbsverhältnisse unserer Weber durch jene Bestimmung, die vor 1877 nicht aufgehoben werden könne, auch nicht auf einem bloßen Privilegium beruhe, herbeigeführt, und diese auch nicht durch die österreichischerseits gewährte Begünstigung in Bezug auf die Behandlung unserer Garne ausgeglichen wird, ob endlich und event. welche Interessen unseres Leinwandhandels etwa die fernere Beibehaltung der gedachten Bestimmung bedingen.

Herr Kauffmann referirt über die Angelegenheit und trägt den Entwurf des einzureichenden Gutachtens vor, welches mit Rücksicht auf die Verhältnisse, wie sie sich mit der Zeit gebildet, von einer Vereinfachung der au. Bestimmung abräth, wenn auch anerkannt werden müßte, daß das frühere Zustandniß derselben ein Mißgriff war. — Die Versammlung erklärt nach kurzer Discussion ihre Zustimmung zu dem Entwurfe.

Strassenordnung. Die Handelskammer hatte Namens der von ihr vertretenen Kaufmannschaft an den königlichen Ober-Präsidenten, Freiherrn v. Nordenflicht die Bitte gerichtet, das königliche Polizei-Präsidium hieselbst veranlassen zu wollen, den dritten Satz des § 86 der Strassen-Ordnung vom 27. August cr. aufzuheben, event. die für den ersten November cr. festgesetzte Einführung jener Verordnung bis auf Weiteres zu vertagen.

Durch die Verordnung, daß die Bewegung von Fässern, Kisten und sonstigen Gegenständen über die Bürgersteige nur in den Morgenstunden bis 10 Uhr Vormittag gestattet sein solle, werde, so führen die Motive u. A. aus, der Betrieb einer großen Anzahl kaufmännischer und industrieller Geschäfte, wie zahlreiche Reclamationen auch bestätigen, auf das Empfindlichste gestört; ihre strenge Durchführung könne sogar einzelne Geschäftsbranchen vollständig vernichten. So müsse das Speculationsgeschäft vollkommen ruiniert werden, wenn die Thätigkeit des Fuhrwerks um 10 Uhr Morgens abgeschnitten werde, und alle die Zweige, welche dasselbe brauchen, sowie alle Waarenhändler werden durch die au. Verfügung empfindlich getroffen. Es sei unmöglich, die von außen anlangenden Aufträge zeitig genug zu effectuieren, eine Verchiebung aber werde die Kundchaft abwendig machen. Die aus der Provinz anlangenden Getreide- und Spirituszufuhren unseres in diesen Artikeln bedeutenden Plazes treffen fast nie so zeitig ein, daß ihre Ausladung bis 10 Uhr möglich sei. Der Getreidemarkt beginnt im Winter um 8 1/2 Uhr und sei selten vor 10 Uhr beendet; wann solle der Producent die verkaufte Waare übergeben, wenn dies nach 10 Uhr nicht mehr möglich ist?

Die hiesige Eisenbahn-Verwaltungen haben, um dem steten Wagenmangel abzuwehren, die Einrichtung getroffen, daß jeder Empfänger bei Strafe der Lagerkosten seine Waare sechs Stunden nach Empfang des Wagens abholen lassen muß. Träte hierzu noch die au. Verordnung, so würde der empfangende Kaufmann nur zu wählen haben zwischen der Strafe des Lagergelbes oder der polizeilichen Bestrafung. Der Platz Breslau sei, wird weiter ausgeführt, zu groß und sein Handel habe zu viel Bedürfnisse, als das alles für diesen Zweck vorhandene Fuhrwerk und alles dazu geeignete Personal im Stande wäre, die Beforderungen so zu erledigen, als die 10 Stunden nicht überschritten wird. Bedne man dazu noch das Quantum der hiesigen Fabrikate und der hier umgesetzten Manufactur-Waaren, so dürften sich Gewichtsummen herausstellen, deren oberflächliche Betrachtung die Unmöglichkeit der Durchführung jener Verordnung ergibt. Im Weiteren weisen die Motive darauf hin, daß die Auslegung der Worte „Bewegung“ und „sonstige Gegenstände“ in den au. M. d. § 86 eine nicht zu unterschätzende Gelegenheit zu Streitigkeiten zwischen der Polizei-Verwaltung und den Handeltreibenden bietet.

Schließlich wird bemerkt, daß die Handelskammer, wenn sie Gelegenheit gehabt hätte, in einer den Handel der Stadt so sehr betreffenden Angelegenheit ihre Ansicht zu äußern, sie nicht veräußert haben würde, die überaus großen Nachteile der Verordnung (§ 86 al. 3) zu erklären. Da sie aber erst durch das Amtsblatt den Inhalt der Strassenordnung erfahren habe, könne sie nur nachträglich um Wiederaufhebung dieses Passus bitten.

Die Erwiderung des Oberpräsidenten vom 23. October cr. lautet:

„Der Handelskammer erwidere ich ergebenst auf die Vorstellung vom 15. d. Mts., betreffend die unter dem 3. October cr. publicirte Strassen-Ordnung vom 27. August cr., daß ich die hiesige königliche Regierung angehen habe, eine von mir im Sinne der Wünsche der Handelskammer entworfene Modification der Polizei-Verordnung sofort durch das Amtsblatt zu publiciren, wovon die Regierung, wie ich ersehe, dem Magistrat auch bereits directe Mittheilung hat zugehen lassen.“

Die Versammlung erachtet die Angelegenheit hierdurch für erledigt, da nunmehr nicht mehr die „Bewegung“ von Fässern &c., sondern die „Sperrung“ des Bürgersteiges durch Fässer verboten sei.

Eisenbahnverbindungen mit der Oder in Breslau. In Bezug hierauf gelangt der Entwurf einer Eingabe an den Handelsminister, welcher auch in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mitgetheilt und deren Petition in dem Berichte über diese Versammlung bereits veröffentlicht worden ist, zur Verlesung. Herr Consul Molinari regt unter Anerkennung des Inhaltes der Eingabe Zweifel an, ob der Minister bejuge sei, auf eine Aktien-Gesellschaft eine derartige Pression auszuüben und wünscht nochmalige Erwägung dieses Bedenkens. Herr Lamy beantragt, eine anderweitige Fassung der Petition. Dr. Werther wünscht, daß unter allen Umständen die Verbindung der Eisenbahnen mit der Oder erstrebt und nicht von einer Herabsetzung des Tarifs abhängig gemacht werde. Herr Bilow spricht im Allgemeinen für den vorgetragenen Entwurf. Herr Handelskammer-Syndicus Dr. Gras theilt die Bedenken, die Herr Consul Molinari ausgesprochen hat, nicht. Der Herr Minister werde sicher nicht in der Art eines Dictators gegen die Bahndirection sich aussprechen. Die Eingabe liege in der eigenen Kompetenz der Handelskammer.

Herr Werther beantragt, eine Commission mit der Abfassung einer Petition zu betrauen, in der in erster Linie die Verbindung der Eisenbahnen mit der Oder erbeten werde. Consul Molinari erklärt sich mit dem Inhalte des Entwurfes einverstanden, wünscht jedoch eine redactionelle Aenderung des von ihm beanstandeten Passus. Herr Dr. Gras weist nach, daß in dem Entwurfe die Verbindung der Eisenbahnen mit der Oder nicht von einer Tarifermäßigung abhängig gemacht werde und begründet die Fassung des Petitions. Herr Consul Molinari zieht in Folge dieser Ausführungen seinen Widerspruch zurück. Die Versammlung erteilt dem Entwurfe ihre Zustimmung.

Im Anschluß hieran regt der Vorsitzende an, daß mit Rücksicht auf die Ausführungen des Finanzministers bei Einbringung des Staatshaushalts-Etats die Handelskammer eine Eingabe an den Minister richte, daß von der für öffentliche Bauten geforderten Summe von 9 Mill. Thalern auch Schlesien seinen Theil für Oder-Regulirung und Hafenbauten erhalte. Nach einem von Hrn. Beyerndorf ausgeprochenen, vom Vorsitzenden widerlegten Bedenken, erklären sich die Herren Molinari, Bilow und Kopisch sehr warm für die Einreichung einer Eingabe. Die Versammlung beauftragt das Präsidium mit der Abfassung derselben.

Eisenbahn-Tarife. Herr Grunwald weist auf die seitens der Eisenbahnen beabsichtigten Güter-Tarifserhöhungen hin und beantragt eine Vorstellung gegen dieselben beim Handelsminister. Herr Consul Molinari hält die Angelegenheit nicht für opportun und bezweifelt, daß der gegenwärtige Handelsminister der Erhöhung seine Zustimmung erteilen werde. Herr Altesor Friedenthal beantragt, daß der Gegenstand, welcher nicht auf der heutigen Tagesordnung stehe, auf die der nächsten Sitzung gesetzt werde. Herr Grunwald begründet im Weiteren seinen Antrag durch den Hinweis, daß man innerhalb des Ministeriums geneigt sein solle, auf die Tarifserhöhung einzugehen. Herr Werther erklärt sich für sofortiges Vorgehen der Handelskammer. Herr Bilow stimmt dem bei und empfiehlt, die Angelegenheit der Verkehrs-Commission zur Vorberatung zu überweisen. Herr Sadur weist auf die in der beabsichtigten Tarifserhöhung für das Getreidegeschäft liegende Gefahr hin und erachtet für angemessen, daß die Commission, welche das Recht der Cooptation habe, endgültig beschließen dürfe. Die Commission beschließt eine Eingabe abgeben zu lassen und der durch 5 Personen zu verstärkten Verkehrs-Commission die Ausarbeitung des Entwurfs zu übertragen.

Herabsetzung der Frachten für Getreide und Mehl auf der Karl-Ludwigsbahn. Das hiesige österreichische Consulat übersendet Abschrift eines in dieser Angelegenheit seitens des österreichischen Handelsministers erlassenen Rescriptes, wonach durch die Concessionenrunden der galizischen Karl-Ludwigsbahn wohl die Möglichkeit geboten ist, im Falle außerordentlicher Theuerung der Lebensmittel im österreichischen Kaiserthum die Tarife für dieselben auf die Hälfte der concessionirten Maximalsätze herabzusetzen, daß aber die diesbezüglichen Bestimmungen keineswegs auf die Export- und Transittarife ausgedehnt werden können; daher sei er nicht in der Lage, die genannte Bahn zu den gewünschten Ermäßigungen für den Getreide- und Mehlverkehr nach Deutschland hinaus zu verhalten.

Posen, 21. November. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Sohn.] Roggen: (pro 1000 Kilogr.) etwas fest. Rindgippspreis 66 1/2. Get. — Wapl. November 66 1/4—66 1/2 bez. u. Br., November-December 65 1/2 bez. u. Bd., December-Januar 65 bez. u. Br., Januar-Februar 64 1/2 bez. u. Br., Februar-März 64 bez. u. Br., Frühjahr 63 1/2 bez. u. Bd., April-Mai 63 1/2 bez. u. Br., Mai-Juni 63 Br. u. Bd. — Spiritus: pro 10,000 Liter % fest und höher. Rindgippspreis 20%. Get. — Str. November 20% bez. u. Bd., December 19 1/2 bez. u. Bd., Januar 19 1/2 bez. u. Bd., Februar 19% bez. u. Bd., März 19 1/2 bez. u. Bd., April 19% bez. u. Bd., April-Mai 20—20 1/2 bez., Mai 20 1/2 bez. u. Bd., Juni 20 1/2 bez. u. Bd. — Posener Markt-Bericht. Weizen: beadctet, pro 1050 Kilogramm, feiner 90—96 Thlr., mittel 85—88 Thlr., ordinär und defect 80—82 Thlr. — Roggen: begehrt, pro 1000 Kilogramm, feiner 71—73 Thlr., mittel 69—70 Thlr., ordinär 65—67 Thlr. — Gerste: gefragt, pro 925 Kilo,

